

**Protokoll
über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Ordnung (Sondersitzung) am
24.03.2011**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Ort: Volkshochschule "Ehm Welk", Puschkinstraße 13, 19055
Schwerin, Aula (hinteres Gebäude, Fahrstuhl vorhanden)

Anwesenheit

Vorsitzende

Voss, Renate SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Strähnz, Michael Fraktion DIE LINKE

Schriftführer

Przybyl, Brunhilde

ordentliche Mitglieder

Hafften, Christian CDU/FDP - Fraktion
Kolodzik, Stefan CDU/FDP-Fraktion
Lemke, Klaus CDU/FDP-Fraktion
Masch, Christian
Walther, André Fraktion DIE LINKE

stellvertretende Mitglieder

Tuchel, Ina Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Schacht, Nonno
Stockfisch, Birgitt
Wilczek, Ilka

Gäste

Majewsky WGS
Prösch, Dieter Fraktion DIE LINKE
Schmidt, Heinz Fraktion DIE LINKE
Weiß, Andreas CDU/FDP-Fraktion

Leitung: Renate Voss

Schriftführer: Brunhilde Przybyl

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung vom 10.03.2011 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

- 4.1. Bildung eines Kinder- und Jugendrates in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00661/2010

- 4.2. Erschließungs-/städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 51.10 "Wohnpark Krebsbachaue"
Vorlage: 00733/2011

5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

- 5.1. Grünflächensatzung

6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Vorsitzende Frau Voss, eröffnet die 21. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses für Umwelt und Ordnung. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Die Beschlussfähigkeit ist mit acht abstimmberechtigten Mitgliedern gegeben. Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung vom 10.03.2011 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Das Protokoll der 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Ordnung (hier: öffentlicher Teil) wurde bei 4 Enthaltungen bestätigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

- keine Meldung -

zu 4 **Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)**

zu 4.1 **Bildung eines Kinder- und Jugendrates in der Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 00661/2010**

Bemerkungen:

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag der Fraktion UB zum Konzept für die Gründung eines Kinder- und Jugendbeirates trägt Herr Strähnz vor, dass von seiner Fraktion weder die Altersbegrenzung für die Zielgruppe aus dem Antrag der Verwaltung, noch die aus dem Änderungsantrag mitgetragen wird. Er beantragt im Namen seiner Fraktion eine Einbeziehung auch der 17 -18 Jährigen in den Beirat und begründet dies.

Diesem Vorschlag kann der Einbringer des Änderungsantrages beitreten, erklärt Frau Tuchel.

Dann erfolgen die Abstimmungen.

Zuerst wird über den so geänderten Änderungsantrag (12 -18 Jahre) abgestimmt: 5 / 2 / 1, sodann erfolgt die Abstimmung zum Konzept des Ursprungsantrages (12 – 21 Jahre): mehrheitliche Ablehnung.

Letztendlich wird zur Vorlage mit dem hinsichtlich Altersbegrenzung geändertem Konzept abgestimmt: 7 / 0 / 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung empfiehlt die Zustimmung zu nachfolgendem Beschlussvorschlag **mit Änderung des beiliegenden Konzeptes hinsichtlich einer Altersbegrenzung der Zielgruppe auf 12 bis 18 Jahre:**

1. Die Stadtvertretung beschließt auf Grundlage des beiliegenden Konzeptes die Gründung eines Kinder- und Jugendrates in der Landeshauptstadt Schwerin.
2. Dem Schweriner Jugendring wird die Begleitung des Kinder- und Jugendrates übertragen. Diese soll in enger Absprache mit dem Amt für Jugend, Schule und Sport erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 4.2 Erschließungs-/städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 51.10 "Wohnpark Krebsbachaue" Vorlage: 00733/2011

Bemerkungen:

Frau Stockfisch beantwortet eine Reihe von Fragen zur Vorlage und nimmt den Hinweis von Herrn Lemke zum Beweissicherungsverfahren für die Straße „Am Wald“ zur Weiterleitung an das Amt 69 mit.

Die Beantwortung der Frage, warum dieser Erschließungsträger beauftragt wurde, wird zu Protokoll gegeben.

Hier die Beantwortung: Die Fläche konnte nach langem Bemühen vor ca. 3 Jahren von der HFR an die Stadtbau GmbH veräußert werden. Dieser Erschließungsträger ist seit etwa 20 Jahren in unserer Region tätig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung empfiehlt dem Hauptausschuss den Abschluss des Erschließungs-/städtebaulichen Vertrages zum Bebauungsplan 51.10 „Wohnpark Krebsbachaue“ zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und der Stadtbau GmbH - Gesellschaft für wirtschaftliche Kommunalentwicklung -zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Grünflächensatzung
Vorlage: 00681/2010**

Bemerkungen:

Der Ausschuss bittet Herrn Majewski, Vertreter der WGS, um eine Stellungnahme zu dem Ansinnen der Stadtvertretung, eine Grünflächensatzung für die Stadt erarbeiten und umsetzen zu lassen.

Herr Majewski erklärt dazu, dass aus seiner Sicht (vorbehaltlich der Zustimmung der Geschäftsleitung) vertraglich mit der Stadt vereinbart werden könnte, dass der Kommunale Ordnungsdienst auch die WGS – Grünflächen hinsichtlich der Einhaltung der Regelungen der Satzung mit betreut. Dies könnte seines Erachtens positive Effekte für große Bereiche der Grünflächen in der Stadt mit sich bringen.

Frau Wilczek macht darauf aufmerksam, dass eine Satzung grundsätzlich nur für öffentliche Flächen gilt; inwieweit durch Kooperationsverträge Regelungen herbeigeführt werden könnten, entzieht sich ihrer Kenntnis und wäre zu prüfen.

Herr Strähnz beantragt, durch die Verwaltung prüfen zu lassen, inwieweit durch Kooperationsverträge (o. ä.) mit Privaten die vorgenannte Vorgehensweise rechtlich und wirtschaftlich umsetzbar ist. **(A)**

Abstimmung zum Prüfauftrag: 8 / 0 / 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung empfiehlt der Stadtvertretung der Oberbürgermeisterin einen Prüfauftrag zur Durchsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer Grünflächensatzung zu erteilen. Es ist zu prüfen, ob durch Kooperationsverträge mit Privaten (WGS, SWG, Private Grundeigentümer usw.) die Einhaltung der Satzung auch auf deren Flächen durch den Kommunalen Ordnungsdienst durchgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

- Frau Voss und Herr Strähnz sprechen das Thema Wanderweg am Faulen See an, der im B-Plan 49.05/2007 festgeschrieben war. Durch Verkaufsabsichten eines Flächeneigentümers könnte dieses Vorhaben wieder ein Stück vorangebracht werden. Allerdings sei bekannt geworden, dass private Anlieger gegen das von der Stadt geltend gemachte Vorkaufsrecht klagen. Die Ausschussmitglieder beauftragen Frau Voss und Herrn Strähnz im Namen des Ausschusses schnellstmöglich eine Anfrage an die Oberbürgermeisterin auf den Weg zu bringen, um das dringende öffentliche Interesse an der Umsetzung des B-Planes zu unterstützen.
- Frau Voss ruft nochmals alle Ausschussmitglieder zum Mitmachen beim Frühjahrsputz am 16.04.auf.

- Herr Strähnz informiert, dass er im Auftrag von Frank Fischer zum Tempo-30-Versuch auf dem Obotritenring vorschlägt, diesen Versuch nur für die Bereiche mit anliegender Wohnbebauung und zumindest für die Nachtstunden von 22:00 bis 6:00 Uhr als Lärmschutzmaßnahme durchzuführen. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, dies in ihren Fraktionen zu diskutieren.

Beantwortung von Fragen aus vergangenen Sitzungen:

- Zum Hinweis von Herrn Fischer aus der 20. Sitzung zur Sicherheitsüberprüfung der Bäume teilt die SDS mit, dass die erforderlichen Schnittmaßnahmen durch die SDS im Auftrage des Liegenschaftsamtes durchgeführt und voraussichtlich bis Mitte April erledigt sein werden.
- Zur Thematik der offensichtlichen Ausweitung des Parkplatzes des NDR am Waldrand teilt die Verwaltung mit, dass es keinen Antrag auf Erweiterung eines Parkplatzes gibt und damit auch keine Genehmigung. Die missbräuchliche Nutzung der öffentlichen Grün- und Waldflächen wird zukünftig durch feste Absperrungen (Bügel) unterbunden. Im Übrigen werden auch die als Besucherparkplätze des NDR ausgewiesenen Stellflächen überprüft und geordnet. **(A)**

gez. Renate Voss

Vorsitzende/r

gez. Brunhilde Przybyl

Protokollführer